

blick nach rechts

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 18 3. September 1997

➔ **Endspurt für Hamburg** Seite 2

Zu den Bürgerschaftswahlen in der Hansestadt am 21. September rüsten sich gleich mehrere rechtsextremistische bzw. rechtskonservative Parteien. Einig sind sie weitgehend in der Forderung nach Erhalt der Deutschen Mark.

➔ **Unterwanderung** Seite 3

Rechtsextreme versuchen offensichtlich, an Einfluß in der Tauschring-Szene zu gewinnen. Ein Fall aus dem niedersächsischen Hemmoor.

➔ **„Schlag ins Wasser“** Seite 5

Der neonazistischen Szene ist es in diesem Jahr – trotz ausgeklügelter, konspirativer Vorbereitung – nicht gelungen einen zentralen „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ durchzuführen. Die Polizeikräfte ließen sich von dem Katz-und-Maus-Spiel nicht in die Irre führen und konnten die Aktionen rechtzeitig stoppen.

➔ **Lehrstück für Demokratie** Seite 8

Ein Mehr an politischer, kultureller und ethnischer Vielfalt in einer Gesellschaft macht auch einen neuen Ansatz in der politischen Bildungsarbeit erforderlich. Das aus Israel stammende Handbuch „Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta“ vermittelt, wie der friedliche Umgang mit Konfliktsituationen erlernbar ist.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Rechte Parteien im Hamburger Wahlkampf

Für den Erhalt der D-Mark

Jetzt ist es amtlich: Mit den „Republikanern“, der „Deutschen Volksunion“ (DVU), der „Nationaldemokratischen Partei“ (NPD) und dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) treten unter 24 Bewerbern vier rechtsextreme, bzw. rechtskonservative Gruppierungen zur Bürgerschaftswahl am 21. September in Hamburg an.

Die Zulassung der politischen Rechtsausleger durch den Landeswahlausschuß der Hansestadt am 22. August ging aber nicht ohne lautstarke Proteste über die Bühne. „Keine Neonazis“, riefen einige Zuhörer während der von starken Polizeikräften gesicherten Sitzung. Die Forderung animierte einen ebenfalls anwesenden Vertreter der NPD zu einem rhetorischen Konter: „Raus mit den Stalinisten!“ Zwar spielten, so Landeswahlleiter Staatsrat Wolfgang Prill, „inhaltliche Fragen bei der Zulassung keine Rolle“, weil es nicht Aufgabe seiner Behörde sei, Programme zu bewerten. Dennoch zeigten die Mitglieder des Wahlausschusses im Bezirk Nord bei der Zulassung der rechten Parteien zu den parallel zur Bürgerschaftswahl stattfindenden Kommunalwahlen Zivilcourage und enthielten sich ihrer Stimme. Nur der Bezirkswahlleiter stimmte mit „Ja“.

DVU sorgt für Besserung

Wenn man den jüngsten Umfrageergebnissen Glauben schenken darf, haben die Rechtsausleger keine Chancen, in die Bürgerschaft einzuziehen. Hinter den drei großen Parteien (SPD, CDU, Grüne) sehen die Demoskopen eine große Lücke klaffen und prognostizieren sogar der FDP und der Statt-Partei mit vier und drei Prozent ein Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde. Daß diese Rechnung trügerisch sein kann, hat die letzte Bürgerschaftswahl gezeigt. Am 19. September 1993 konnten entgegen allen Voraussagen allein die DVU und „Die Republikaner“ mehr als 70 000 Stimmen auf ihren Konten verbuchen. Die zentralistisch geführte Truppe des Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey erhielt dabei 2,8 Prozent der Wählerstimmen, die „Republikaner“ verpaßten damals mit 4,8 Prozent den Einzug in das Hamburger Landesparlament nur

knapp.

Während die „Republikaner“ ihre Wahlpropaganda bisher auf das Aufbauen von Infotischen und Plakatwerbung beschränkten, setzt die DVU in erster Linie auf aufwendige und kostenintensive Kampagnen mit Postwurfsendungen. In drei Intervallen landete das Material bis Ende August in den Briefkästen der Hamburger. Auf neutral gehaltenen Briefumschlägen verschickte ein nicht näher bezeichnetes Wahlbüro Hamburg „wichtige Unterlagen zur Wahl zur Bürgerschaft“ an alle Haushalte. Beim Öffnen des als Behördenschreiben getarnten Briefes schwappten den „Bürgerinnen und Bürgern der Freien und Hansestadt Hamburg“ zwei DVU-Aufkleber („Rettet die D-Mark“, „Deutschland soll deutsch bleiben“), eine Gutschein-Karte für Probeexemplare der „National-Zeitung“ und der „Deutschen Wochen-Zeitung“ sowie ein Faltblatt entgegen. Darin schwadroniert der Hamburger Spitzenkandidat der DVU, Heinrich Gerlach, „ganz offen und ehrlich“ über das Thema „Muß wirklich ein ‘kleiner Adolf’ her?“ Die populistische Antwort folgt auf dem Fuße: Um „das wieder so hinzukriegen, wie es in den 50er, 60er und 70er Jahren war“ brauche man keinen Diktator und keinen Kaiser, sondern für Besserung Sorge die „Deutsche Volksunion“. Und wie das? Nach der Wahl, so verspricht die DVU, wolle sie als Fraktion folgende Forderungen in die Bürgerschaft einbringen: „Scheinasylanten, kriminelle Ausländer, ausländische Schwarzarbeiter stoppen und schnell abschieben!“ „Schluß mit der weichen Welle gegen Kriminelle!“ und „Politiker, die sich rechtswidrig an Steuergeld bereichern, gehören bestraft wie Bankräuber!“ Anlässlich der erneuten Wahlwerbung der DVU sah sich Landeswahlleiter Prill in einer Presseerklärung zu einer Klarstellung gezwungen: „1. Die Postwurfsendung stammt nicht vom Landeswahlamt. 2. Die Wahlbenachrichtigungen des Landeswahlamtes werden für deutsche Wähler in weißer Farbe und für EU-Bürger in gelber Farbe verschickt. 3. Es ist nicht Aufgabe des Landeswahlleiters, die Wahlwerbung der Parteien zu kommentieren. Gleichwohl möge sich jeder seine eigene Meinung zu Parteien bilden, die nicht den Mut haben, sich offen – z. B. auf Briefumschlägen ersichtlich – zu ihrer Wahlwerbung zu bekennen.“

Der im Wesentlichen ebenfalls auf das Wählerklientel am rechten Rand schielende „Bund Freier Bürger („mutig“, „ehrlich“, „anders“) präsentiert sich in seinem Nobelbüro An der Börsenbrücke 2 und in ganzseitigen Zeitungsanzeigen weniger platt

als die Jünger des Dr. Frey. Die nationalen Töne der „D-Mark-Partei“, so die Eigenwerbung, sind geschickt hinter der populären Hauptförderung („Hamburg wählt den Euro ab“) versteckt. So heißt es in dem Zehn-Punkte-Programm der energischen Verfechter der Deutschen Mark. „Wir wollen keine multikulturelle Gesellschaft.“ Einige Zeilen weiter wird dann gegen „die linke Gesinnungspolizei“ gewettert und auf die Stärke der „selbstbewußten Nation“ verwiesen: „Wir Deutschen haben Großes geleistet und wollen auch in Zukunft Großes zusammen bewirken.“

Die NPD scheint alle Kräfte in Richtung 13. September zu bündeln. Für diesen Tag rufen die Nationaldemokraten ihre Gefolgsleute zu einem Großaufmarsch in die Elbmetropole. Gegen die Aktivitäten der NPD und der anderen Rechtsparteien macht zur Zeit das Hamburger „Aktionsbündis gegen Faschismus und Rassismus“ mobil. So fand am 22. August eine Kundgebung mit anschließender Demonstration „gegen neofaschisti-

sche und rechtskonservative Kandidaturen in Hamburg“ statt.

Die Hamburger Juso-Strömung „Linksruck“, die sich die Aufklärung über die Rechten in besonderer Weise auf die eigenen Fahnen geschrieben hat, ist derweil ins Visier ihrer politischen Gegner geraten. „Gegen linke Gewalt hilft nur rechte Mobilisierung“, verkündete das Hamburger „Nationale Infotelefon“ den anrufenden „Kameraden“. Die scheinen die Telefonansage begriffen zu haben. Seit der Aufforderung zum rechten Aktivismus werden neben wüsten Beschimpfungen Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ auf den Anrufbeantworter der linken Jusofraktion gesprochen. Und hin und wieder wird versucht, die Gegner von nationalem Größenwahn musikalisch auf den rechten Weg zu bringen: Dann klingt dem SPD-Nachwuchs das Deutschlandlied beim Abhören des Bandes in den Ohren.

Volker Stahl

Tauschring-Szene von Rechts
unterwandert?

Denkwürdiges Umfeld

Schwere Vorwürfe im „Tauschring Oste-Talente“ (TOSTA) im niedersächsischen Hemmoor (Kreis Cuxhaven): „Es steht zu befürchten, daß der Tauschring unter die verdeckte Vorherrschaft erklärter oder unerklärter Rechtsradikaler gerät“, warnen drei ehemalige Mitglieder in einem fünfseitigem „Memorandum“ an die rund 80 Teilnehmer der 1996 gegründeten Organisation.

Die früheren TOSTA-Mitglieder Susann Reimann und Christiane Wiedemann sowie das (Noch-)Mitglied Bodo Koppe konzentrieren ihre Vorwürfe gegen Gründungsmitglied Alfred Beyer aus Osten, der eine Woche vor Veröffentlichung des Memorandums austrat. Er ist Mitglied der von Dr. Alfred Mechtersheimer gegründeten „Deutschland-Bewegung“. Der ist seit Jahren immer wieder auf Veranstaltungen ultrarechter Organisationen sowie als Unterzeichner einschlägiger Unterschriftenaktionen zu finden. „National-Patriot“ Mechtersheimer, der auch vor den rechtsextremen „Republikanern“ auftritt, kämpft gegen eine „Jugoslawisierung“ Deutschlands. In seiner Organisation habe „die alte Rechte Platz

und die neue nationale Linke“, so das frühere CSU-Mitglied, das auch kurzzeitig für die Grünen im Bundestag saß.

Beyer schloß sich Mechtersheimer an. Mehr noch: Er beauftragte Tauschring-Mitglied Christiane Wiedemann, Buttons für die „Deutschland-Bewegung“ herzustellen. Doch die bekam dabei „Igel im Bauch“. Sie informierte die rechte Truppe und trat aus dem Tauschring aus.

Von Beyer erhielt die mittlerweile ebenfalls ausgetretene Susann Reimann das Buch „Neues Licht – über ‘Also sprach Zarathustra’“ von Robert Dun. Der Inhalt des Buches sei für sie „rassistisch, undemokratisch und frauenfeindlich“. Herausgeber des Buches ist die „Tempelhofgesellschaft“ (THG), die nur postlagernd zu erreichen ist. „Nur zu Studienzwecken! Nur zur alleinigen Kenntnis des Beziehers!“, heißt es in einem Formblatt der THG. Auch seien Mitglieder dazu angehalten, die Schriften nicht ohne näheres Wissen an Dritte abzugeben. Nietzsche-Freund Beyer sagt, daß er das Buch geschenkt bekommen habe – von einem Freund. Über die THG selbst wisse er nichts. Nach Auskunft des Bundesamtes für Verfassungsschutz handelt es sich um eine spinnerte Ordensgemeinschaft innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums, die sich in der Tradition germanischer Ritterorden sieht und über wenig Rückhalt in der Szene verfügt.

Tauschring-Mitglied Bodo Koppe, der nach Veröffentlichung des „Memorandums“ auf der nächsten Teilnehmer-Versammlung des Tauschringes „wegen vereinsschädigendem Verhalten“ ausgeschlossen werden soll, kritisiert, daß Beyer Anhänger von Silvio Gesell (1862-1930) ist. Dessen Ideen seien „antisozial, elitär, rassistisch, antidemokratisch und sexistisch“. Dabei war, so Sigrid Beyer, Gesells Lehre der Ursprung für den Tauschring. Nach einer Veranstaltung über den Begründer der „Freiwirtschaftslehre“, die u. a. die Abschaffung von Zinsen beinhaltet, sei man auf die Idee gekommen, Geld nicht mehr als Ware, sondern nur noch als reines Tauschmittel ähnlich dem „Schwundgeld“ zu betrachten. So kam man auf die Idee mit den „Oste-Talenten“.

„Skepsis gegenüber dem Holocaust“

Anhänger Gesells streben einen vermeintlichen „Dritten Weg – jenseits von Kapitalismus und Kommunismus“ an. Tatsächlich wollen sie eine Rückkehr zur „Manchester-Doktrin“ und dem „freien Spiel der Kräfte des Marktes“. Gesell predigte ein biologistisches Weltbild: Der Natur müsse „die Fortzucht des Menschengeschlechts anvertraut werden“, so der Sozialdarwinist. „Dann darf man hoffen, daß mit der Zeit die Menschheit von all dem Minderwertigen erlöst werden wird, mit dem seit Jahrtausenden vom Geld und Vorrecht geleitete Fehlzucht sie belastet hat“. Die meist sehr selektive Beschäftigung mit den Ideen Gesells führt dazu, daß seine Theorien in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen diskutiert wurden und werden. NS-Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder entlieh sich bei Gesell die These von der „Brechung der Zinsknechtschaft“.

Beyer habe ihr gegenüber behauptet, daß „er wisse, daß der Holocaust erfunden sei“, berichtet ein anderes Tauschring-Mitglied. Auf Nachfrage erklärte Alfred Beyer: „Es wird soviel geredet, daß man da skeptisch wird.“ In Bezug auf die Judenvernichtung habe er das Gefühl, „irgendwas stimmt da nicht“. Ehefrau Sigrid pflichtet ihm bei: „Schauen Sie mal ins Internet. Da gibt es viele Sachen, die genau das Gegenteil sagen.“ Man müsse sich mit dem Revisionismus auseinandersetzen. Als Revisionismus wird der politisch-motivierte Versuch bezeichnet, das NS-Regime von seiner moralischen Schuld an Kriegsausbruch und Judenvernichtung reinzuwaschen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz widmet dieser Form rechtsextremistischer Agitation im jährlichen Bericht ein eigenes Kapitel.

„Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden ‘vergast’ wurden“, stand auf Plakaten, mit denen mit Eselsmasken verkleidete Neonazis Ende der 70er Jahre durch Hamburger Straßen zogen. Organisator der Aktion war der Neonazi Edgar Geiß, der jahrelang in Hechthausen (bei Hemmoor) lebte. Seine Witwe, die mittlerweile wieder ihren Geburtsnamen angenommen hat und im Tauschring Mitglied ist, sicherte den Beyers telefonisch ihre Unterstützung zu. Nicht nur die Liebe zu germanischen Runen verbindet sie mit Sigrid Beyer. Mit Hilfe von Rechtsanwalt Jürgen Rieger, dem „Staranwalt der Neonazi-Szene“, erstritt die Witwe des Auschwitz-Leugners 1994 das Recht, die Grabstein-Inschrift mit Runen zu versehen.

„Selbstverständlich ist der Tauschring nicht an sich rechtsradikal, aber er wird zunehmend für die Verbreitung dieses Gedankengutes geschickt mißbraucht und instrumentalisiert“, betonen die drei Kritiker. Tauschring-Organisator Uwe Groß dementiert: Er habe keine Beeinflussung bemerkt. „Wenn mir jemand eine Artikel-Sammlung der ‘Deutschland-Bewegung’ vorlegt, kann ich sie anschauen oder nicht. Das ist keine Agitation“, so Groß.

Werbung für „Deutschland-Bewegung“

So ganz abwegig ist die Befürchtung der Kritiker nicht. Ein Insider der „Freiwirtschaft“-Szene bestätigte, daß sowohl in der zentralen „Gesellianer“-Zeitschrift „Der dritte Weg“ als auch auf den einschlägigen Web-Seiten im Internet, das Thema Tauschringe hoch angesiedelt werde. Nach Unterwanderungsversuchen der Ökologie- und Friedensbewegung sowie der Partei „Die Grünen“ in den 70er und 80er Jahren, scheint nun die Tauschring-Szene ein willkommenes Agitationsfeld der „Freiwirte“ zu sein.

Alfred Beyer und seine Frau sehen in den Vorwürfen der Kritiker „Rufmord“. Das sei dasselbe „wie mit Dr. Bruker und unserem Freund Baldur Springmann“, sagt Ehefrau Sigrid. Dem ehemaligen SA-Mann und „Ernährungspapst“ Dr. Max Otto Bruker waren in den 80er Jahren rechtsextreme Verbindungen nachgewiesen worden; Ökobauer und „Germanenmystiker“ Baldur Springmann war in verschiedenen rechtsradikalen Organisationen aktiv und publizierte u. a. im Verlag des Kieler Rechtsextremisten Dietmar Munier. Beide also nicht gerade als „Zeugen der Verteidigung“ tauglich.

Torsten Borchers

Rudolf Hess-Gedenkmarsch 1997

„Ein Schlag ins Wasser“

Auch zum zehnten Todestag des Hitler-Stellvertreters hat die rechtsextremistische Szene konspirativ zu Aktivitäten mobilisiert. Ein „zentraler Gedenkmarsch“ konnte allerdings von den Behörden bereits im Ansatz unterbunden werden.

Der diesjährige zentrale „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ wurde nach wenigen Metern gestoppt. Am Nachmittag des 16. August 1997 beendete ein Polizeieinsatz den Versuch, einen Marsch anlässlich des zehnten Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess in Königslutter (Kreis Helmstedt) durchzuführen. Knapp 100 Neonazis fanden den Weg ins niedersächsische Königslutter, wo ein starkes Polizeiaufgebot zugriff und rund 80 Rechtsextremisten festnahm. Weitere Aktionen und Kundgebungen fanden im gesamten Bundesgebiet sowie in Dänemark statt.

Der „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ des Jahres 1997 sollte als Jubiläum besonders begangen werden. Die Aktionswoche, organisiert vom „Aktionskomitee Rudolf Hess 1997“, wurde auf vierzehn Tage ausgedehnt. Als eigentlicher Drahtzieher des „Aktionskomitees“ gilt den Sicherheitsbehörden der vorbestrafte Münchner Neonazi Michael Swierczek. Der 36jährige Swierczek begann seine rechtsextreme Politkarriere Anfang der 80er Jahre bei den „Jungen Nationaldemokraten“ und war zuletzt Vorsitzender der 1992 verbotenen „Nationalen Offensive“. In einem Rundschreiben des „Aktionskomitee Rudolf Hess 1997“ hieß es zu den Aktivitäten anlässlich des Todestages und der „Ermordung“ von Rudolf Hess: „Bei der Wahl der Aktivitäten wollen wir Euch keine Vorschriften machen, jedoch sollten Aufkleber- und Plakataktionen, Transparente an Autobahnbrücken, Spontanaufmärsche, Saalveranstaltungen selbstverständlich sein! Eurer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!“ Den vorzeitigen Auftakt bildete eine unterbundene Fahrt der „Karlsruher Kameradschaft“ zum Obersalzberg am 19. Juli. Dem folgten zahlreiche, zumeist strafbewehrte, Propagandaaktionen im gesamten Bundesgebiet. Für Samstag, den 16. August sollte ein „zentraler Aufmarsch mit Abschlußkundgebung“, so das „Aktionskomitee“, durchgeführt werden. Koordiniert wurde die Anfahrt zur rechten Kundgebung über die drei „Nationalen Infotelefone“ (NIT) „NIT-Rhein-

land“, „NIT-Mitteldeutschland“ und „Sonder-NIT-Sauerland“. Das „NIT-Mitteldeutschland“ gab am Donnerstag zudem die Handy-Nummern von knapp zwei Dutzend Neonazis für Rückfragen und Anweisungen zu den Aktionen am Samstag bekannt.

Kein zweites „Fulda“

Die Zusammensetzung des genannten Personenkreises bestätigte das letztjährige Bündnis zwischen der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationaldemokraten“ und den militanten Neonazis. Zu den aufgezählten Rufnummern und Kontaktpersonen gehörten der JN-Bundespressesprecher Klaus Beier, das JN-Bundesvorstandsmitglied Jens Pühse und der Redakteur der JN-nahen Zeitschrift „Einheit und Kampf“, Tobias Thingsen. Desweiteren fanden sich Frank Schwerdt und Tino Brandt von „Die Nationalen e.V.“, Oliver Schweigert von der „Nationalen Alternative“, der Betreiber der Thule-Mailbox „Kraftwerk BBS“ Kai Dalek, der vormalige Kader der verbotenen „Nationalistischen Front“ Harald Theodor Mehr vom „Donner-Versand“, der ehemalige Organisationsleiter vom „Deutschen Jugendbildungswerk“ Stefan Wiesel, der Schriftleiter der „HNG-Nachrichten“ Andree Zimmermann und Thomas Kubiak von der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF), Bernd Stehmann von der „Westfalen-Front“, der ehemalige Vorsitzende der verbotenen „Nationalen Liste“ Thomas Wulff, der langjährige nordrhein-westfälische FAP-Landesvorsitzende Siegfried Borchardt und sein früherer FAP-Vize Ralf Tegethoff, der ehemalige FAP-Aktivist Michael See von der „Aktion Volkswille“ in Thüringen und der niederländische FAP-nahe Neonazi Constant Kusters von der „Jongerenfront Nederland '94“ auf der Telefonliste. Die „Kameraden“ wurden gemahnt, „keine langen Gespräche“ zu führen, sondern die Anrufe bei den genannten Personen nur für den „kurzen Erhalt von Befehlen“ zu nutzen. Am Donnerstagabend avisierten die NITs einen Zielort südlich der Linie Koblenz/Hof, ein Manöver, um die Sicherheitskräfte auf die falsche Fährte zu locken. Am Freitagabend wurde als Ziel einer „Sternfahrt durch Deutschland“ ein Radius von 250 Kilometern um Kassel bekanntgegeben. Samstag früh wurde der Radius auf 100 Kilometer um Kassel reduziert. Im Laufe des Vormittags konkretisierte sich der Zielort dann immer weiter, Braunschweig, Salzgitter und Umgebung galten als potentielltes Aufmarschgebiet. Auf dem Weg zum lange ungewissen Zielort nahm die Polizei in Hessen und Thüringen, vor allem in Nordthüringen und Jena, rund 190 Rechtsextremisten fest. Dabei sei ein Aufmarsch

auf der Eisenacher Wartburg verhindert worden. In Hessen stellte die Polizei bei Kontrollen Ketten mit Hakenkreuzen, CDs mit rechtsextremen Texten und Totschläger sicher. Die Polizei bewies in Südniedersachsen ebenfalls eine starke Präsenz und besetzte systematisch die angestrebten Ziele des „Rudolf-Hess-Gedenkmarsches“. In kurzer Folge wurden Ziele in Braunschweig, Wolfenbüttel, Peine und Königslutter angestrebt.

Mit dem offenkundigen „Katz-und-Maus-Spiel“ versuchten die Neonazis die Polizei abzuschütteln. Zuletzt stand der Domplatz in Königslutter als Ort des geplanten Aufmarsches fest. Doch anders als im vergangenen Jahr in Worms und 1993 in Fulda ließ die Polizei die Neonazis in diesem Jahr nicht gewähren und griff statt dessen entschlossen ein. Nach wenigen Metern und Augenblicken war der braune Umzug („Rudolf Hess – das war Mord. SAF“) beendet. Rund 80 in Königslutter angetroffene Rechtsextremisten wurden von den Polizeikräften, darunter Kräfte vom Bundesgrenzschutz, festgenommen. Unter den Festgenommenen waren Oliver Schweigert, Christian Hehl, Melanie Dittmer sowie Andree Zimmermann, Michael Krick und weitere Mitglieder der „Sauerländer Aktionsfront“. Im Raum Braunschweig wurden mehr als 150 Rechtsextreme in Gewahrsam genommen. Insgesamt nahm die Polizei an dem Wochenende über 430 Aktivisten im gesamten Bundesgebiet vorläufig fest. 306 Personen wurden in Niedersachsen erkennungsdienstlich behandelt.

In Dänemark marschierten rund 150 skandinavische und norddeutsche Neonazis unter Polizeischutz in Koge auf. Ursprünglich war Roskilde, Sitz der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“

(DNSB), Zielort des Aufmarsches. Dort fand bereits 1995 ein Aufmarsch deutscher und skandinavischer Neonazis statt. Der DNSB hatte zu der diesjährigen Veranstaltung in Dänemark aufgerufen. Unter den Teilnehmern in Koge südlich von Kopenhagen war auch Jens-Uwe Apel, Sänger und Sprecher der Band „Kraftschlag“ sowie Aktivist des neonazistischen Versandhandels „NS 88“ im dänischen Hillerød. Zwischen der Polizei und linken Gegendemonstranten kam es zu Auseinandersetzungen. Die Polizei nahm 44 Personen fest.

Auch im baden-württembergischen Ohringen (Hohenlochkreis) wollten rund 20 Anhänger der „Jungen Nationaldemokraten“ aufmarschieren. Bei der Ankunft eines einzelnen Streifenwagens der Polizei nahmen die Rechtsextremisten umgehend Reißaus und ließen dabei sogar einen Teil ihrer Fahnen und Schilder zurück. In den Tagen vor dem 16. August hatten die Behörden in Baden-Württemberg gegen 116 Rechtsextremisten die Auflage erlassen, sich mehrmals täglich bei der Polizei zu melden, um damit deren Teilnahme an Veranstaltungen zu verhindern. Gedroht wurde mit einem Zwangsgeld in Höhe von 1 000 Mark bei Zuwiderhandlung. Im rheinland-pfälzischen Ludwigshafen nahm die Polizei 18 Skinheads, darunter drei aus Nürnberg und Heppenheim, in Gewahrsam. Ruhig geblieben war es im bayerischen Wunsiedel, der Grabstätte und dem Ort der ersten „Gedenkveranstaltungen“ über den 16. August. Die Behörden bezeichneten die Aktionen der Rechtsextremisten vom Wochenende als „Schlag ins Wasser“. Ein Fazit, dem in diesem Jahr nicht widersprochen werden muß.

Karl Hamilton

Rechtes Bündnis

Kiel. Der rechtslastige „Bund Freier Bürger“ (BFB) ist in Schleswig-Holstein ein neues Bündnis eingegangen. Rechts von der Union wird die 1994 gegründete Brunner-Partei mit der Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein zusammenarbeiten. Im nördlichsten Bundesland zählt der BFB nach eigenen Angaben 50 Mitglieder. Die WSH setzt sich zu meist aus ehemaligen CDU-Mitgliedern zusammen. Sie kandidierte zur Landtagswahl 1996 und brachte es dabei auf 1,9 Prozent der Stimmen. Der WSH gehören laut Vorsitzenden Karlheinz Stegemann 100 Mitglieder an. Daß er rechts von der Union angesiedelt werde, sei kein Rechtsruck, so Stegemann. „Rechts von der Union zu sein, bedeutet

heute die Mitte“, ergänzte der WSH-Chef. 1998 möchte das neue Bündnis bei den Kommunalwahlen in Kiel antreten - ein erster Testlauf. Landesweit wolle man bei den Bundestagswahlen kandidieren. Und auch im Jahr 2000 bei den nächsten Landtagswahlen soll des Bündnis sich bewähren, erklärten Stegemann und Brunner in Kiel. Stegemann schloß vor Journalisten eine Fusion der WSH mit dem BFB nicht aus. Brunner umriß bei dieser Gelegenheit noch einmal sein Parteiprogramm in Kurzform: Der BFB kämpfe gegen die Einführung der „Weichwährung“ Euro und für den Erhalt der D-Mark. Angriffspunkt sei ferner ein „Steuer-Sozialismus“, weitere Schwerpunkte stellten Innere Sicherheit sowie Ausländer- und Einwanderungspolitik dar.

H.F.

In den Diensten der Diktatur

Eine deutsche „Kolonie“

Die „Colonia Dignidad“ steht seit Wochen im Rampenlicht der Medienöffentlichkeit. Bekannt wurde kürzlich die Flucht von zwei Mitgliedern der „Colonia Dignidad“ in die Bundesrepublik und die Verhaftung des stellvertretenden Sektenführers Hartmut Hopp in Chile. Begonnen hat die Geschichte der „Colonia Dignidad“ („Kolonie der Würde“), einer verschobenen Imitation des Führerstaates, im Jahre 1956.

Auf Betreiben von Paul Schäfer (1921 in Troisdorf geboren), spaltete sich eine Gruppe vom „Bund evangelisch-freikirchlicher Gemeinden in Deutschland“ ab. Als erstes Domizil kauften die Sekten-Mitglieder von dem Münchner Rechtsanwalt Otto Nelte eine Baracke.

Nelte hatte während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse den Feldmarschall und Chef des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht, Wilhelm Keitel, verteidigt. Unter dem Namen „Private Sociale Mission“ gründete Schäfers Sekte dann in Siegburg bei Bonn ein Erziehungsheim, in die Kinder der Mitglieder untergebracht waren. Nachdem bekannt wurde, daß Schäfer von ihm abhängige jugendliche sexuell mißbrauchte und die Staatsanwaltschaft zu ermitteln begann, floh ein erster Teil der Gruppe im Januar 1961 nach Chile. Seinen Anhängern, die Antikommunismus als erste Glaubensdoktrin verstanden, an die Existenz des Teufels glaubten und die Beichte als Seelenausforschung begriffen, hatte Schäfer die Flucht dadurch schmackhaft gemacht, indem er ihnen erzählte, er habe einen Traum gehabt, daß „der Russe“ massenweise Europa überfallen werde. Ausschlaggebend für die Wahl Chiles als Fluchtland waren der damalige chilenische Botschafter Arturo Masche und der Botschaftsangestellte Guillermo Osoiro, beide ausgemachte Rechtsextremisten.

Furcht vor „dem Russen“

Bis 1963 wanderten 230 Deutsche in die „Colonia Dignidad“, die in der Nähe der Kleinstadt Parral, mehr als 200 Kilometer südlich der chilenischen Hauptstadt Santiago errichtet wurde, ein. Nach dem Militärputsch von 1973 entwickelte sich die „Kolonie“ unter Pinochet zu einem Folter- und Arbeitslager.

In der „Colonia Dignidad“, deren Mitglieder allen gesellschaftlichen Kontrollen entronnen waren, baute Schäfer die Unterdrückung der Sexualität zum Machtinstrument aus. An die Stelle der Individualität trat die starre Gruppenzugehörigkeit, jeder Status wurde genau definiert. Gehuldigt wurde dem nationalsozialistischen Kult der Eigenversorgung und Agrarautonomie, dem der moderne Maschinenpark jedoch widersprach. Der chilenische Nazi-Esoteriker Miguel Serrano beschrieb die „Kolonie“ als eine „Gruppe von Leuten, die produziert was sie konsumiert, wo intern das Geld nicht zirkulierte, wo es keine Kreditkarten gab“. Innerhalb des Siedlungsgeländes, das zeitweilig bis zu 15.000 Hektar umfaßte, betrieb der chilenische Geheimdienst DINA ab 1974 ein geheimes Folterlager. Mit chilenischen Streitkräften führte die „Colonia Dignidad“ selbst das Arbeitslager Monte Maravilla, in dem bis zu 100 Gefangene inhaftiert waren.

Die „Colonia Dignidad“ unterhielt oder unterhält rege Geschäftsverbindungen zu Rechtsextremisten wie Hugo Roggendorf, einem SS-Mann, der sich nach 1945 in Concepcion als Bäcker niedergelassen hatte, sowie zu Wilhelm Frisius, Sohn von Friedrich Frisius, der unter Hitler Konteradmiral war und 1945 mit seiner Familie ins südchilenische Rancagua auswanderte.

Zum Umfeld der „Kolonie“ zählten oder zählen der dubiose Geschäftsmann und Geheimdienstler Hans Albrecht Loeper, Anhänger der Thule-Mythologie wie der esoterische Nazi Juan Maler (alias Reinhard Kopps), der unlängst verstorbene Waffenhändler Gerhard Mertins, während des 2. Weltkriegs Fallschirmjäger, späterer Sympathisant der neonationalsozialistischen „Sozialistischen Reichspartei“, dann der CDU. Ruchbar geworden sind ebenfalls Kontakte des Soziologieprofessors Lothar Bossle und des Völkerrechtlers Dieter Blumenwitz.

Bis heute ist nicht geklärt, ob der NS-Verbrecher Walter Rauff, Konstrukteur der Gaswagen, mit denen zu Beginn des Holocaust 100.000 Juden ermordet wurden, zeitweilig in der „Colonia“ Unterschlupf gefunden hatte. Dort untergetaucht war vermutlich auch der Rechtsterrorist Albert Spaggiari, als ihm die Polizei wegen eines spektakulären Bankeinruchs im Juli 1976 in Nizza dicht auf den Fersen war. Allgemein bekannt ist jedenfalls, daß der chilenische Diktator Pinochet offiziell in der „Colonia Dignidad“ zu Besuch war.

Friedrich Klein

Demokratie zum Anfassen

„Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta“

Erstmals soll ein israelisches Praxishandbuch für die politische Bildung in Deutschland Anwendung finden.

Wie eine Gesellschaft mit Minderheiten, Konflikten, Problemen umgeht, hängt wesentlich von den individuellen Kompetenzen der Bürger ab. Von der Wachsamkeit gegenüber undemokratischen Tendenzen leben demokratische Gesellschaften. Eine Erziehung zur Demokratie ist die Erziehung zur Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen auf Freiheit. Gerade in einer heterogenen Gesellschaft lautet aber die Reaktion auf die Vielgestaltigkeit der Lebensstile und Anschauungen eben nicht Toleranz und offenes Zugehen auf den Anderen. Xenophobie, die Ausgrenzung von Minderheiten und die Gewalt haben vielmehr in Deutschland in den letzten Jahren eine dramatische Dimension erreicht, die unsere demokratischen Erregenschaften mit einem dicken Fragezeichen versehen.

Das Mehr an politischer, kultureller und ethnischer Vielfalt weckt die Nachfrage nach demokratischen Kompetenzen, um mit dieser neuen Vielfalt umgehen zu können. Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen müssen diese Kompetenzen vermitteln. Dabei geht es darum, sich als Teil einer Gesellschaft zu begreifen, in der ein friedliches Zusammenleben mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Lebensstilen, kulturellen Identitäten möglich ist. Bildung, die dieses Ziel erreichen will, muß Demokratie „erlebbar“ machen.

Das 1997 erschienene Handbuch „Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta“ präsentiert dazu in praktischen Übungen für die schulische und außerschulische politische Bildungsarbeit einen neuen, aus Israel importierten Ansatz zum friedlichen Umgang mit Konfliktsituationen. Bereits 1986 hat das überparteiliche Jerusalemer „Adam-Institut for Democracy and Peace“ unter dem hebräischen Titel „Betzavta“ (= Zusammen, Miteinander) das Konzept entwickelt. Daß man nicht immer das Rad neu erfinden muß, der Ansicht sind Thomas Henschel und seine Kollegen von der „Forschungsgruppe

Jugend und Europa“ am Zentrum für angewandte Politikforschung der Universität München. Dort hat man für Deutschland das israelische Konzept adoptiert und in 20 Testseminaren mit ca. 500 Personen erprobt. Im Verlag der Bertelsmann Stiftung ist nun das Handbuch, ein extrem anwenderfreundlicher Ordner, erschienen.

Das für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen konzipierte Programm besteht aus zwölf praktischen Übungen, ausführlichen Kommentaren und Empfehlungen für den Gebrauch in der Bildungsarbeit. Literaturhinweise und Kopiervorlagen ergänzen die Übungen zu den fünf Themen von „Betzavta“: die demokratischen Prinzipien, das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit, Grundrechte, Gleichheit vor dem Gesetz und der Weg der demokratischen Entscheidungsfindung.

Streitkultur erlernen

Dem traditionellen Instrumentarium der Bildungsarbeit wird eine Absage erteilt. Statt Vorträge, Streitgespräche, Debatten bejaht „Betzavta“ spielerische Übungen, die betonen: Demokratie ist nicht nur die Umschreibung für ein bestimmtes Staats- und Gesellschaftssystem, sondern auch eine Verhaltensform im Alltag. „Betzavta“ vermittelt auf eine erfrischend unkomplizierte Art die nötige Kompetenz zum Umgang mit Freiheit. Die Idee, Demokratie und den Hintergrund demokratischer Prinzipien für Kinder, Jugendliche und Erwachsene erfahrbar zu machen, ist einfach und notwendig zugleich. „Betzavta“ will ein „qualitatives Demokratieverständnis“ fördern. Es ist bestimmt kein Rezeptbuch, vielmehr handelt es sich um ein Modell; Demokratie wird als Lebensform präsentiert. „Betzavta“ macht Entscheidungsprozesse bewußt und setzt dabei auf die menschliche Fähigkeit, mit Konflikten nicht nur emotional umgehen zu können. Die Erarbeitung von lösungsorientierten Konzepten steht nicht im Vordergrund des Gruppenprozesses. Die Prüfung der Bedürfnisse des Individuums unter Beachtung des Prinzips der Freiheit geht vor. Damit fordert und fördert „Betzavta“ den Dialog zwischen den Konfliktparteien. Programmteilnehmer lernen, vom anderen her zu denken. Damit soll erreicht werden, daß die Lösung des Konflikts diejenige ist, die den höchstmöglichen Grad der Freiheit für alle bedeutet.

Kein Zufall, daß „Betzavta“ in Israel entwickelt wurde. Die stark heterogene Gesellschaft kommt nicht ohne Konflikte aus. Der Reiz Israels, die

Tatsache, daß die jüdischen Einwanderer und ihre Nachkommen aus über achtzig verschiedenen Ländern der Welt stammen, beinhaltet gleichzeitig den Anlaß zu Auseinandersetzungen. Eine andere Ursache für Spannungen ist die Unterscheidung zwischen jüdischen und arabischen Israelis. Um so wichtiger ist die Arbeit des Adam-Instituts. Es gibt spezielle Kurse für Schule, Polizei und Militär, aber auch Programme für Kinder im Vorschulalter oder Neueinwanderergruppen. Und gemischte Gruppen aus Juden und Arabern lernen mit „Betzavta“. Wenn es scherzhaft heißt, „Zwei Israelis, drei Meinungen!“, gehört dazu auch eine israelische Streitkultur, von der wiederum „Betzavta“ geprägt ist. Das Programm beabsichtigt Polarisierungen. Diese mögen auf konsensorientierte Deutsche befremdend wirken. Das im Rahmen der neuen Reihe „Internationale Programme zur Demokratie- und Toleranzerziehung“ veröffentlichte

Neue Partei für alles

Hamburg. „Unternehmen Deutschland ... eine Partei für alle (UDP) nennt sich jetzt das, was im Vorjahr noch den Namen „Demokratische Bürgerpartei“ (vgl. BNR 24/96, S.3) trug. Ursprünglich liebäugelte man mit der Namensgebung „Deutsche Volkspartei“ - wie einst in der Weimarer Republik unter Gustav Stresemann. Als UDP will man jetzt bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg antreten. Die erste Schlappe hat die UDP aber bereits hinnehmen müssen: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat eine Beschwerde der in Hamburg ansässigen Partei gegen die Bestimmungen zur Fünf-Prozent-Klausel im Wahlgesetz abgewiesen. Die Dritte Kammer des zweiten BVG-Senats hat die Beschwerde gar nicht erst zur Entscheidung angenommen. Eine Forderung von „Unternehmen Deutschland“ lautet: Halbierung des Hamburger Stadtparlaments. Auf einer Veranstaltung präsentierte der Vorsitzende Josef Kröger als wirtschaftspolitischen Referenten den Dipl.Ing. Horst Mikonauschke. Dieser schwärmte für die Vorstellung Silvio Gesells und dessen Thesen zur Abschaffung des Zinskapitals. Darin liege nämlich das Grundübel für die Arbeitslosigkeit. Mit ähnlichen Argumenten operierten bislang nur die Anhänger der Frei-Sozialen Union (FSU). Außerhalb Hamburg ist „Unternehmen Deutschland“ noch nicht aufgetreten. Zu den Bürgerschaftswahlen am 21. September kandidieren für UDP der Vorsitzende Franz-Josef Kröger (Jg.1939) und Eberhard Gowitzke (Jg.1938).

H.F.

Konzept „Betzavta“ stellt indes auch hohe Anforderungen an die Moderatoren, die Mittler der politischen Bildung, Lehrer oder Ausbilder in Polizei- und Verwaltungsschulen. Die Übungen mit Spielcharakter zeichnen sich durch ein Minimum an Regeln und einen hohen Grad an spielerischer Freiheit und Gestaltungsmöglichkeiten aus. Konflikte bleiben da nicht aus. Vor der Anwendung des neuen Demokratieerziehungskonzepts „Betzavta“ in der deutschen Bildungsarbeit empfiehlt die Bertelsmann Stiftung deshalb noch die Teilnahme an einer Multiplikatorenschulung in München. Möglichst viele Interessenten sind dem Programm zu wünschen, das ein herausragendes Produkt der israelisch-deutschen Zusammenarbeit darstellt. (Siegfried Vergin, MdB ist Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion)

Miteinander – Erfahrungen mit Betzavta. Praxis- handbuch für die politische Bildung, Gütersloh 1997, Verlag Bertelsmann Stiftung, 160 S., DM 39,80.

Altgediente „Weikersheimer“

Das „Studienzentrum Weikersheim“ führt vom 21. bis 26. September seine 6. Weikersheimer Hochschulwoche zum Thema „Die Zukunftsfähigkeit geistig-politischer Ideenbewegungen in Europa“ durch. Als Referenten sind u.a. altgediente Weikersheimer wie der Anti-Antifa-Strategen Hans-Helmut Knütter und der Österreicher Heinz Magenheimer angekündigt. Magenheimer, der bei der Landesverteidigungsakademie des österreichischen Bundesheeres in Wien beschäftigt ist, gilt als vehementer Verfechter der revisionistischen Präventivschlagthese, wonach Hitler mit dem Überfall auf die Sowjetunion einem drohenden Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei. Der Interviewpartner und Autor der „Jungen Freiheit“ ist mit mehreren Aufsätzen in der vom Verfassungsschutz in seinen Berichten aufgeführten Reihe „Deutsche Geschichte“ vertreten. Bekannt ist Magenheimer auch als Referent bei den Bogenhausener Gesprächen“ und bei der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“. Laut einer Studie des renommierten „Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands“ (DÖW) sind die „>revisionistischen< und rechtsextremen Tendenzen in den Arbeiten Magenheimers unübersehbar“.

A.M.

Merkwürdiges in einem juristischen Fachblatt

Der Feind steht rechts

Daß vier Spalten einer von ihm „teuer bezahlten Fachzeitschrift“ – „Ja für was eigentlich“ – geopfert würden, empörte sich ein Hamburger Professor in einem Leserbrief an die Neue Juristische Wochenschrift über einen Beitrag in seinem Fachblatt, dem er die Qualität eines „guten Essays“ absprach. Auslöser war ein Vorgang, der zwar ein Jahr zurückreicht, aber aus mehreren Gründen eines Nach-Rufs bedarf.

Anlaß für die Empörung, die auch ein Berliner Rechtsanwalt gegenüber der NJW bekundete, war der Kommentar des Rechtsanwalts Henrich aus Eichenhüttenstadt, der um die Jahreswende unter dem Titel „Der Feind steht rechts! Oder: Was Brandenburgs Generalstaatsanwalt unter Patriotismus versteht“ erschienen war. Das Absonderliche an dem als nicht überzeugend kritisierten Beitrag war neben der fragwürdigen Argumentation die Tatsache, daß er von der NJW-Redaktion der Aufnahme in das renommierte Magenblatt deutscher Juristen überhaupt für würdig befunden worden war. Das konnte immerhin den Verdacht nahelegen, in der Redaktion habe man sich die vom Autor des Kommentars vorgetragene Kritik an dem brandenburgischen Generalstaatsanwalt zueigen gemacht. Was wiederum gegen die Redaktion spricht.

Stein des Anstoßes war ein bereits am 31. Juli 1996 von Generalstaatsanwalt Rautenberg dem Berliner Tagesspiegel gegebenes Interview, in dem es um sich häufigende Übergriffe von Rechtsextremisten, vor allem auf Ausländer und den Vorwurf eher druckloser Ermittlungen durch Polizei und Staatsanwaltschaft ging. Der Forderung nach schärferen Gesetzen setzte der aus Nordrhein-Westfalen importierte, für sein eher unkonventionelles Auftreten bekannte brandenburgische Chefermittler die Empfehlung entgegen, „die Möglichkeiten der erzieherischen Einwirkung voll auszuschöpfen“. Anstößig wirkte dann sein Ruf nach einer „breitgefächerte(n) Solidarität gegen rechte Gewalt“. Er bedauerte, daß „gerade im linken Spektrum manche Leute gerade darauf lauern, gegen Staatsanwaltschaft und Polizei Vorwürfe zu erheben“ und forderte „Jugendliche aus dem autonomen Spektrum“, wenn sie von rechten Gewalttaten erfahren, zu Informationen an die Polizei auf. Daß er, Rautenberg, nicht uneinge-

schränkter Sympathie für links-autonome Gewalttäter verdächtig ist, machte er kurz danach, am 5. August 1996, in einem Gespräch dazu mit der Jungen Welt deutlich: Der gegenüber beschied er, „die Zusammenarbeit kann nicht bedeuten, daß wir staatlicherseits dulden, daß Selbstjustiz geübt wird“. Der erwähnte Kommentar in der NJW ließ erkennen, daß dem Autor gewisse Vorgänge in seinem Bundesland entgangen waren; er polemisierte, der Generalstaatsanwalt „redet über eine verschwindende Minderheit Jugendlicher und Heranwachsender und deren ‘gewalttätigen Rechtsextremismus’ wie über eine soeben auferstandene SA“. „Gutmenschentum“ warf er dem „Einheitsfrontorganisator“ vor, „therapeutisches Theater auf Staatskosten“. „Moralisieren als Ersatz für Rechtspolitik“ und eine „panische Haltung“ hinter seiner Rede von der deutschen Vergangenheit. Seine, Anwalt Henrichs, Diagnose, die er bei der Verteidigung von Jugendlichen erfahren habe, finde ihre Erklärung in sich selbst und habe es nicht nötig, „über das Ganze das Nazischema (zu) stützen und „nach der Einheitsfront aller Gutwilligen (zu) rufen“. Kultur sei eben vor dem Einbruch der Barbarei nicht geschützt, „I’m bad“ beschreibe Michael Jackson zutreffend das Ideal der Szene. Dies als Botschaft in einer Fachzeitschrift, die sich eher der Verbreitung juristischer Entscheidungen und Meinungen verpflichtet fühlt, ist eine in der Tat ungewöhnliche Neuheit, die zu Recht den Widerspruch ihrer Leser herausgefordert hat. (NJW 1996, S. 3999ff, 1997 Heft 14, S. XVIII, XX, XXII; Erwiderung von Rautenberg NJW 1997, S. 920f.)

Klaus-Henning Rosen

RECHTS DENKER

„...Ein Russe steht uns doch biologisch – ja wohl, auch biologisch - und kulturell wesentlich näher als all die Zuwanderer aus nichteuropäischen Ländern, die eine mutlose, pflichtvergessene und wohl auch extrem industriehörige Ausländerpolitik in den letzten fünf- und zwanzig Jahren ins Land gelassen hat mit der Folge, daß in unseren Großstädten Gettos entstanden sind, in denen jeglicher Assimilationszwang fehlt und die sich im Falle einer ernsteren Wirtschaftskrise als gefährliche soziale Pulverfässer erweisen würden...“

(Dr. Hans Merkel, ehem. Büroleiter von Ex-Bundestagspräsident Richard Stücklen, in einem Leserbrief in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.)

Periodika der extremen Rechten

„Junge Freiheit“ (JF)-12. Jg., Nr. 33-36/97: Den wachsenden Unwillen und Zorn des Volkes beschwört Klaus Hornung, em. Professor an der Uni Hohenheim, und nennt dazu zwei Punkte, die auf den Nägeln brennen: nämlich einerseits die Ausländerpolitik und andererseits den Föderalismus der Bundesrepublik (33/97). Unter der Kolumne „Lockerungsübungen“ werden wieder einmal die höchsten Repräsentanten des Staates abgekanzelt und dabei auch gleich das demokratische Procedere madig gemacht. Alfred Mechtersheimer schließlich sieht die Stabilität der (deutschen) Demokratie bedroht durch Ausländer. Eine „multiethnische Gesellschaft“ tendiere gar zu einer „unethischen und damit demokratieunfähigen Gesellschaft“. In den Genuß des staatlichen Sozialsystems sollten nach Mechtersheimer im übrigen ausschließlich Deutsche kommen (33/97). Schützenhilfe bietet in der nächsten Ausgabe Hans-Peter Rissmann, der das Schwinden des deutschen Volkes, verbunden mit einem wachsenden Ausländeranteil, prophezeit. Mechtersheimer beklagt dafür den „Zerfall der nationalen Identität“, den die „die gegenwärtig amtierende bürgerliche Regierung“ zu verantworten habe. Die Rechte müsse sich für die nächsten Wahlen sammeln - die Hamburger Wahlen würden weisen, hinter wem - um den „Geist der nationalen Gemeinsamkeit“ zu verbreiten (34/97). Das Fehlen der „nationalen Symbolik“ prangert denn auch JF-Chefredakteur Dieter Stein in seinem Leitartikel an. Der Unionshardliner Heinrich Lummer MdB, der im JF-Interview seinen Ausstieg aus der aktiven Politik ankündigt, findet sich in bester Gesellschaft mit dem Unionsrechtsaußen Wilfried Böhm, MdB von 1972 bis 1994, der für die JF einen Beitrag über die deutsche Nationalhymne verfaßt hat. Positiv bewertet wird die Kommunal- und Kulturpolitik des „Front National“ in den drei südfranzösischen Städten; vorgeblich „linker“ Kultur wurde bekanntlich der Garaus gemacht (34/97). Rüdiger Hess, der Sohn des Hitler-Stellvertreters, orakelt über die Machenschaften ob des Todes seines Vaters vor zehn Jahren. Kai Guleikoff schließlich wandelte auf des Führers Spuren auf dem Obersalzberg (34/97). FDP-Rechtsableger Markus Roscher beschwört die Gemeinsamkeit der „patriotischen Kräfte“, um Deutschland nicht „der kultur- und gemeinschaftsvernichtenden Maschinerie des Globalismus“ preiszugeben (35/97). Im Interview verteidigen die Berliner CDUler Georg Klaffus und Ortwin Kuhn, Sprecher der „Bürgerinitiative besorgter

Bürger“, die wegen ihres antisemitischen Rundbriefes ins Gerede gekommen sind, ihren rechtslastigen Forderungskatalog. Die Richtigkeit ihrer Thesen (zu hohe Kosten durch Ausländer, jüdische Kontingentflüchtlinge, jüdische Gemeinden, Mahn- und Denkmale, natürlich ebenso die EU etc.) bekräftigt auch JF-Redakteur Thorsten Thaler. Willkommene Munition bietet der JF selbstredend die Kritik des amerikanischen Politologen Norman Finkelstein an dem Buch Daniel Goldhagens über „Hitlers willige Vollstrecker“, die „grob-schlächtigen ‘Vergangenheitsbewältigern’“ den Wind aus den Segeln nehme und ein Beitrag zur „Normalisierung deutscher Geschichtsdebatten“ sei. JF-Archivleiter Kai Guleikoff schließlich äußert sich positiv über den Arbeitsdienst im NS-Staat (35/97). Da die JF offensichtlich ein Forum für die FPD-Rechte darstellt, antwortet der Berliner Klaus Gröbig in der Folge-Ausgabe seinem Parteifreund Markus Roscher (36/97). Über unter dem „Deckmantel von Liberalität und Meinungsfreiheit“ stattfindende „mediale Hinrichtungen“ von politisch Andersdenkenden - Beispiele: Hans-Dietrich Sander, Peter Gauweiler, Karlheinz Weißmann, der Mannheimer Richter Orlet - lamentiert Frank Liebermann. Dieses „öffentliche Meinungsdictat“ sei „liberaler Totalitarismus“. Als Verunglimpfung des deutschen Soldatentums - „Reemtsma sitzt überall“ - gilt die Entscheidung der ARD, dieses Jahr nicht mehr die Veranstaltung zum Volkstrauertag zu übertragen (36/97).

HINWEIS

Bonn – Eine Veranstaltung über „Identitäten und Nationalitäten in der Einwanderungsgesellschaft“ findet vom 17.-19. Oktober im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn statt. In dem Seminar soll u.a. der Frage nachgegangen werden, welche Rolle die Nationalität oder die Staatsangehörigkeit für das eigene Selbstbild spielt oder ob nicht andere Faktoren wie die „politische Heimat“ wichtiger sind. Ziel der von IDA e.V. („Informations-, Dokumentations- und Aktionszentrum gegen Ausländerfeindlichkeit“) durchgeführten Fachtagung soll sein, das weite Feld unterschiedlichster Identitäten nicht zuletzt hinsichtlich ihrer nationalen und ethnischen Aufladungen zu untersuchen. Schließlich geht es auch um das Problem, welche Orientierungsangebote die „Einwanderungsgesellschaft“ für ansässige und Migranten-Jugendliche zu diesem komplexen Thema bietet. Info und Anmeldung bei: Ulla Siebert, IDA e.V., Friedrichstraße 61a, 40217 Düsseldorf, Tel. 0221/371026, Fax -/382188.

BÜCHERSCHAU

Facetten des Antisemitismus

Bereits im sechsten Jahrgang erscheint das vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung unter der Leitung des Historikers Wolfgang Benz herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“. Diese Ausgabe enthält 19 aus der Feder von Historikern, Politologen und Sozialwissenschaftlern stammende Beiträge zu den unterschiedlichsten Themengebieten, die folgende Schwerpunkte haben: Zunächst geht es um die Situation in Litauen mit Beiträgen zu Juden und Judenfeindschaft, der Tradition und heutiger Erfahrung sowie zur jüdischen Identität in einer nichtjüdischen Umwelt nach dem Holocaust. Dem folgen Beiträge zum Antisemitismus anhand von Judenstereotypen in populären Witzblättern des vorigen Jahrhunderts, der definitorischen Problematik von „Antijudaismus“ und „Antisemitismus“ und zum Judenpogrom im polnischen Kielce von 1946. Bei den Texten zum Rechtsextremismus werden die revisionistische Affäre Roger Garaudy/Abbé Pierre in Frankreich, antisemitische Straftäter der Jahre 1993 bis 1995 und die medialen Wahrnehmungen des Anschlages auf ein Asylbewerberheim in Lübeck abgehandelt. Die Rubrik zum Nationalsozialismus enthält Aufsätze über Gutachten und Stellungnahmen für Stipendiumsanhänger an deutschen Hochschulen zwischen 1934 und 1936

und zu den Reaktionen von Zeitgenossen auf die Nürnberger Prozesse. Bei der Untersuchung von Minoritätenkonflikten geht es um die Haltung der deutschen Gesellschaft gegenüber Sinti und Roma nach 1945 sowie zu den Wahrnehmungen und Projektionen christlicher Fundamentalisten in Deutschland. Die Besprechungssays widmen sich einerseits esoterisch-verschwörungstheoretischer Literatur mit antisemitischen Zügen und neueren Studien zum nationalsozialistischen Völkermord an Sinti und Roma. Unter der Rubrik Berichte findet man Beiträge über eine Konferenz zur sozialen Rolle von Romas, einem Ausstellungsprojekt in der Bundesrepublik Jugoslawien. Die abschließende Dokumentation informiert über Beobachtungen der US-amerikanischen Militärregierung aus dem Jahre 1947 u. a. zu antisemitischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung.

Auch mit diesem sechsten Band des Jahrbuches ist wieder eine beachtenswerte und interessante Zusammenstellung von Texten entstanden, welche sich im weitesten Sinne um die Antisemitismusforschung bewegen. Besonders anerkannt ist, daß sich die einzelnen Beiträge nicht in der Beschreibung von historischen Details verlieren, sondern immer auch nach dem analytischen Kontext fragen.

Armin Pfahl-Traughber

Wolfgang Benz (Hrg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 6, Frankfurt/M. 1997 (Campus), 366 S.

Wagners Vollstrecker

Angesichts seines mythischen Nationalismus und scharfen Antisemitismus, aber auch aufgrund seiner Erlösungsvorstellungen gilt der Komponist Richard Wagner bereits seit längerer Zeit als einer der ideologischen Vordenker des Nationalsozialismus. Sein Wirken auf Hitler macht Joachim Köhler zum Gegenstand einer umfangreichen, bezeichnenderweise „Wagners Hitler“ betitelten Studie, die sich fragt: „Warum wurde Hitler zu ‘Hitler’?“ (S. 203).

Dem Autor geht es um den Nachweis der starken Wirkung des musikalischen und publizistischen Schaffens des Komponisten auf das politische Wirken Hitlers. In sechzehn Kapiteln listet Köhler auf Basis umfangreichen Beleg- und Quellenmaterials diesbezügliche Einflüsse auf – und zwar nicht nur für Hitlers Selbstverständnis als gesalbter Heiland, seine Identifizierung mit Figuren aus Wagners Opern oder der Wirkung seiner antisemitischen Schrift „Über das Judentum in der Musik“, sondern auch für Randaspekte wie die Einstellung zur Weltwirtschaft oder das Vegetariertum. „Vom sentimental Detail der vaterländischen Träne am Rhein bis zur paranoiden Angst vor der jü-

dischen Weltverschwörung“, so Köhler, „läßt sich im Hintergrund fast aller Hitlerschen Lebensäußerungen das Idol ausmachen, dunkel aufragend zuerst, gelegentlich beleuchtet vom Fackelschein kultischer Umzüge oder brennender Synagogen“ (S. 378). Der Autor deutet Hitler als Wagners Vollstrecker: „Hitlers private Utopie, ohne deren Kenntnis seine Errungenschaften wie seine Greueltaten unbegreiflich bleiben, trug den Namen Richard Wagner. Sie schloß den Zauber von Wagners Musikdramen ebenso ein wie die revolutionäre-antisemitische Weltanschauung seiner Schriften“ (S. 8).

Das Urteil über Köhlers Studie fällt ambivalent aus: Einerseits zeigt er anhand einer imposanten Fülle von Belegen und Informationen wie stark Wagners kulturelles, mentales und politisches Verständnis mit den diesbezüglichen Prägungen von Hitler konform ging und wohl auch motiviert war. Andererseits verstört die Verabsolutierung dieser Wirkungszusammenhänge, wenn Köhler in nahezu allen Lebensbereichen allein den Einfluß Wagners wittert. Darüber hinaus irritiert auch die formale Darbietung des

Materials: Die umfangreiche Studie weist keine Struktur auf, die Beschreibung erfolgt nicht systematisch. Man hat den Eindruck, hier werden die Belege aus dem Zettelkasten lieblos aneinander gereiht. Hinzu kommt, daß Köhler seine Interpretationen und Thesen nicht weiter diskutiert. Überall sieht der Autor eindeutige Belege für seine zentrale Auffassung und benennt auch problematische Fälle mit nicht unproblematischer Bestimmtheit. Häufig hätte man sich eine differenzierte Interpretation des Wirkungszusammenhangs gewünscht. Durch Köhlers Darstellung entsteht der Eindruck, als habe Wagners Antisemitismus direkt über Hitler zu Auschwitz geführt. Eine derartige Sicht der Dinge blendet notwendigerweise alle anderen Faktoren und Ursachen aus.

Da sich auch der gegenwärtige Rechtsextremismus häufig auf Richard Wagner bezieht, ist das Thema nicht zuletzt aus diesem Grund von Bedeutung.

Armin Pfahl-Traugber

Joachim Köhler, Wagners Hitler. Der Prophet und sein Vollstrecker, Berlin 1997 (Blessing-Verlag), 512 S., 49,80 DM

Geschäft mit Propaganda

Hamburg. In der Hansestadt sorgt zur Zeit eine Ausstellung von Fotografien der wegen ihrer Propagandafilme im Dritten Reich umstrittenen Filmregisseurin Leni Riefenstahl für Wirbel. In der Galerie Schlüter, Kirchenallee 25, werden bis zum 14. September 50 Exponate aus der Werkstatt der 95jährigen erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg zum Verkauf angeboten. Preis pro Stück: DM 3 500. Zu sehen sind Bilder, die den menschlichen Körper und die Natur verherrlichen. Neben Fotografien des sudanesischen Volkstammes der Nuba zeigt der Galerist Fotos von der Olympiade 1936 und farbenprächtige Unterwasseraufnahmen von Korallenriffen. Gegen die Zurschaustellung der „faschistischen Ästhetik Riefenstahls“ protestierte die Jugendorganisation des Auschwitz-Komitees anlässlich der Ausstellungseröffnung. Mitarbeiter einer Anwaltskanzlei, deren Räume sich über der Galerie befinden, verkündeten, die Veranstaltung sei ihnen „zuwider“ und brachten ein großflächiges Plakat mit folgendem Schriftzug an der Hauswand an: „Hitlers Fotografin immer noch aktiv: 1936 die Propaganda - 1997 das Geschäft.“

Ihre geistige Mittäterschaft in der NS-Zeit hat Riefenstahl immer geleugnet. Sie fühlt sich noch heute subjektiv unschuldig. In einem Interview mit dem „Hamburger Abendblatt“ sagte sie, sie habe nicht gewußt, daß es KZs gegeben habe.

v.s.

HINWEIS

Berlin/Düsseldorf. Vom 11. bis 19. Oktober führt eine Studienreise, die u.a. vom „Verein Gegen Vergessen - Für Demokratie“ durchgeführt wird, an historische Stätten des Judentums in Polen. Vorgeesehen sind im Programm u.a. der Besuch des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, ein Aufenthalt in der Gedenkstätte Majdanek, eine Fahrt nach Auschwitz, die Besichtigung des ehemaligen jüdischen Viertels Kasimierz in Krakau und eine Stadtführung in Breslau, bei der auch der jüdische Friedhof besichtigt werden wird. Der Preis für die Studienfahrt beträgt DM 1.380,—.

Nähere Informationen bei: Generalsekretariat Nes Ammim Deutschland e.V., Rochusstraße 44, 40479 Düsseldorf, Tel. 0211/3610-220, Fax. -224.

Kandidaten für Hamburg

Hamburg. Zu den Bürgerschaftswahlen am 21. September treten die rechtsextremistischen Parteien „Republikaner“, die NPD und die „Deutsche Volksunion“ an. Die REP bieten 13 Kandidaten auf (nachstehend in Reihenfolge): Hans Fiedler (Jg.1937), Ute Behrens (1957), Hans Ehlers (1930), Jan Pigors (1975), Otto Callies (1929), Thomas Behrens (1954), Klaus-Peter Remmert (1945), Michael Döhmer (1965), Cäcilia Smith (1937), Ulrich Kühl (1963), Mustafa Tasyaran (1938), Heinz Böhmecke (1928), Manfred Köppen (1937), Josef Saller (1937), Georg Stellmach (1937). Die DVU schickt 20 Kandidaten ins Rennen: Heinrich Gerlach (1948), Elke Gülck (1937), Günther Milke (1947), Georg Kosemund (1932), Rudolf Reimers (1944), Jacek Lazniowski (1968), Joachim Glogger

(1946), Günther Senftleben (1952), Heinz-Helmut Doerlitz (1963), Jürgen Timm (1952), Manfred Beyer (1935), Oswald Dannenberg (1939), Archibald Felsch (1925), Claus Schalk (1954), Wolfgang Röckendorf (1965), Ulf Aschmotat (1965), Karin Reimers (1948), Andreas Seidemann (1955), Jeanette Lazniowski (1970), Leokadia Kosemund (1942). Die NPD ist mit sieben Kandidaten vertreten: Ulrich Harder (1929), Lothar Baseler (1935), Jürgen Winkler (1941), Achim Ezer (1970), Helmut Saß (1959), Oliver Graetzer (1970), Dieter Sommerfeld (1941).

Zugelassen vom Landeswahlausschuß wurden ferner an rechten bzw. rechtskonservativen Parteien: „Bund Freier Bürger“ (vgl. BNR 17/97), „Partei Bibeltreuer Christen“ (PBC), „Deutsche Partei“ (DP), „Unternehmen Deutschland“ (UDP; vgl. S.). Mit von der Partie sind ebenso die Politsekte „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“ und die „Naturgesetz Partei“.

Tagebuch

Inland

Berlin – Der Berliner Neonazi Hans Christian Wendt, Chefredakteur des „nationalen Medienverbundes“ um die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), wurde aus der Untersuchungshaft entlassen. Dies meldete die Homepage der rechtsextremistischen Vereinigung „Die Nationalen“.

Berlin/Bad Segeberg – Im „Nordlandnetz“ plädiert Christian Wendt für „Solidarität mit Kay Diesner“. In scharfen Worten wendet sich Wendt gegen Gesinnungskameraden wie Christian Worch, die sich von Diesners Tattaten distanzieren: „Es ist beschämend und bezeichnend zugleich für den Zustand des nationalen Widerstandes, wenn er sich vermeintlicher Querschläger, die er selbst hervorgebracht hat, auf derart billige Weise zu entledigen versucht“. Wendt wirft auch die Frage nach terroristischen Aktivitäten von rechts auf: „Mit dem Fall Kay Diesner verbindet sich nicht nur die notwendige Debatte über >Möglichkeiten und Formen des militanten Widerstandes<, sondern er zwingt uns zudem die Frage auf, ob diese Alternative derzeit für uns als sinnvoll erachtet werden kann.“ Arnulf Priem, unter dessen Fittiche der Polizistenmörder Diesner maßgeblich ideologisch geprägt wurde, wird von Wendt als „Verräter“ bezeichnet.

Berlin – In einer Pressemitteilung, dokumentiert im „Thule-Netz“, gibt „Radio Germania - Das Radio für nationale Interessen“ bekannt, daß ein „neues, freches, nationales Radiopogramm für die Reichshauptstadt“ mit dem Namen „Radio Z“ existiere. Themenschwerpunkt der ersten Sendung war der 10. Jahrestag „der Ermordung des Friedensfliegers Rudolf Hess“. Die Kameraden von „Radio Germania, die seit sieben Monaten ihre Beiträge nicht mehr über den „Offenen Kanal“ ausstrahlen dürfen, „wünschen den Kollegen von Radio Z, die auch aus dem nationalen Widerstand kommen, viel Erfolg, viele gelungene Sendungen und viel Kraft, um sich dem zu erwartenden Druck widersetzen zu können“.

Bonn/Köln – Die Zahl der fremdenfeindlich motivierten Straftaten steigt weiterhin an. Nach Auskunft der Bundesregierung auf eine Parlamentarische Anfrage der PDS registrierte das BKA im Juni 189 aus Fremdenfeindlichkeit begangene Delikte, im Mai hatte es 175 und im April 159 derartige Straftaten gegeben. Angestiegen ist gleichfalls auch die Zahl der antisemitisch motivierten Straftaten. Im zweiten Quartal 1997 wurden 216 Vorfälle bekannt, darunter eine Brandstiftung, eine Körperverletzung, elf Sachbeschädigungen, zwölf Fälle von Grabschändungen und 191 „sonstige“ Straftaten. In den ersten drei Monaten d.J.

waren 198 antisemitische Delikte bekannt. Für das Jahr 1996 wurden insgesamt 846 antisemitische Straftaten registriert. Nach Angaben des Kölner Verfassungsschutzes haben die rechtsextremistischen Gewalttaten im ersten Halbjahr 1997 ebenfalls zugenommen. Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt zeichne sich eine starke Zunahme ab.

Göttingen/Quedlinburg – Der Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai d. J. in Hannoversch-Münden (Kreis Göttingen) wird für den Neonazi-Führer Steffen Hupka (Quedlinburg) ein juristisches Nachspiel haben. Die Staatsanwaltschaft Göttingen hat den 34jährigen Hupka wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt.

Hamburg – Seit knapp zwei Monaten ruft die NPD für den 13. September in Hamburg zu einer großen Wahlkampfkundgebung auf. Ausdrücklich wird auf die NPD-Kundgebung vom 1. März in München verwiesen und die Hoffnung ausgedrückt, daß eine ähnlich große Zahl „deutsch und national denkender Menschen“ die Kundgebung im „roten Hamburg“ unterstützen wird.

Mannheim – Die Staatsanwaltschaft Mannheim klagt den 20jährigen Neonazi Michael Bar beim lokalen Amtsgericht wegen des Verdachts der Volksverhetzung, der Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen an. Er soll telefonisch wiederholt die Jüdische Gemeinde in Mannheim bedroht haben. Michael Bar gehört zu der seit 1995 bestehenden „Nationalen Volksfront“ in Neustadt/Weinstraße. Inzwischen wird der vorbestrafte Neonazi auch von der neonazistischen Knasthilfe HNG betreut. Der in Untersuchungshaft befindliche Bar liegt nach einem Suizidversuch und einem abgebrochenen Hungerstreik im JVA-Krankenhaus „Hohen Asperg“ (Kreis Ludwigsburg).

München – Einer Mitteilung des bayerischen NPD-Landessprechers Alexander von Webenau zufolge wurde ein Verfahren gegen den ehemaligen NPD-Landtagsabgeordneten Karl Lang wegen Zurschaustellung verfassungswidriger Kennzeichen am letzten Volkstrauertag in München eingestellt.

Potsdam – Das brandenburgische Innenministerium hat am Freitag, den 15. August die neonazistische „Kameradschaft Oberhavel“ verboten. Die im

Frühjahr 1996 gegründete „Kameradschaft Oberhavel“ stand der neonazistischen Vereinigung „Die Nationalen e.V.“ nahe und hatte sich selbst um eine Eintragung in das Vereinsregister bemüht. Ihren Sitz hatte die „Kameradschaft“ in Hennigsdorf nordöstlich von Berlin. Vorrangiges Ziel war es, so die „Berlin-Brandenburger Zeitung“, „zunächst einen nationalen Jugendtreff einzurichten.“ Als Zeitschrift der „Kameradschaft Oberhavel“ erschien das Blatt „Modernes Denken“. Der „Kameradschaft“ gehörten zum Verbotszeitpunkt 17 Mitglieder an. Die „Kameradschaft Oberhavel“ hatte im vergangenen Jahr beim „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ in Worms (vgl. BNR 18/96) teilgenommen. Es handelt sich mithin um das erste Verbot gegen eine von vielen neonazistischen Kameradschaften im gesamten Bundesgebiet.

Stuttgart/Karlsruhe – Die NPD hat ihren stellvertretenden und früheren Parteivorsitzenden Günter Deckert „wegen fortwährender und schwerwiegender Verletzung der Treuepflicht“ mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben. Als Begründung nannte der Parteivorstand u. a. Deckerts von Deckert zu verantwortende Äußerungen gegen Parteivorstandsmitglieder in der „Deckert-Stimme“.

Der geschaffte NPD-Vize Günter Deckert muß in Haft bleiben. Das hat das Oberlandesgericht Karlsruhe entschieden. Das Landgericht Karlsruhe hatte im Juni einer vorzeitigen Haftentlassung Deckerts zugestimmt, was das OLG jetzt abgelehnt hat, da Deckert nicht erkennen habe lassen, daß er künftig die Rechtsordnung beachten werde.

Ausland

Frankreich (Bordeaux) – Der mutmaßliche französische Kriegsverbrecher und frühere Haushaltsminister Maurice Papon darf Frankreich nicht mehr verlassen. Das Berufungsgericht von Bordeaux hat dem 86jährigen auf Antrag der Staatsanwalt wegen „Fluchtgefahr ins Ausland“ den Reisepaß entzogen. Papon muß sich ab 8. Oktober wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor Gericht verantworten. Er wird beschuldigt, während der deutschen Besatzungszeit für die Deportation von über 1 690 Juden verantwortlich gewesen zu sein. Vor Gericht hat Papon unlängst gegen „France Soir“ gewonnen, die geschrieben hatte, daß er zwischen 1942 und 1944 wissentlich mehr als 1 600 Juden den Deutschen ausgeliefert habe. Das Blatt hat damit gegen die Unschuldsvermutung verstoßen und muß eine Erklärung Papons abdrucken.

Adresse:

Italien (Bozen/Südtirol) – Peter Paul Rainer, Bildungsbeauftragter des Südtiroler Schützenbundes, ist von einem Bozener Schwurgericht wegen Mordes an dem früheren Landtagsabgeordneten der Freiheitlichen, Christian Waldner, zu 22 1/2 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden; „blick nach rechts“ (Nr. 7/97, S. 6) hatte über die im Millieu des Südtiroler „Selbstbestimmungslagers“ spielende Tat, für die ein Motiv nicht gefunden wurde, berichtet.

Portugal (Porto) – Der gemeinsame Bürgermeisterkandidat der liberalen Sozialdemokratischen Partei (PSD) und der rechtskonservativen Volkspartei (PP) in Portugals zweitgrößter Stadt Porto, General Azeredo, hat Zeitungsberichten zufolge den Holocaust in Zweifel gezogen. Ebenso soll er die Juden als „die Erfinder des Wuchers“, weswegen sie im Laufe der Geschichte verhaßt gewesen seien, bezeichnet haben. Darüberhinaus kritisierte der General die „Jagd und Verfolgung der Kriegsverbrecher des Dritten Reiches“, während die Alliierten, die auch Kriegsverbrechen begangen hätten, „nicht gerichtet und verurteilt wurden“.

Schweden (Malmö) – Der in Schweden stationierte antisemitische Hetzsender „Radio Islam“, der von Ahmed Rami betrieben wird, führte jüngst ein Interview mit dem nach Südsanien abgetauchten Holocaustleugner Germar Scherer (Rudolf). Dieser kündigte an, daß sein Rudolf-Gutachten, wonach es chemisch nicht möglich gewesen sein konnte, Massenvergasungen in Auschwitz durchzuführen, demnächst auch in niederländischer Sprache erscheinen wird. Scharf greift Scherer (Rudolf) auch Bundespräsident Roman Herzog an: „Es sei nur nebenbei erwähnt, daß der Bundespräsident der Schirmherr der >Stiftung zur Errichtung eines Denkmals für die vom Nationalsozialismus ermordeten Juden Europas< ist. Von daher ist der Einsatz des Bundespräsidenten für Redefreiheit bei Festreden nicht anders zu interpretieren als hohle Worte“.

Schweden (Stockholm) – Die schwedische Justiz hat gegen den Neonazi Niclas Hoefdahl, Mitglied der „Arischen Bruderschaft“, Ermittlungen eingeleitet, weil dieser eine Briefbombe an Justizministerin Laila Freivalds geschickt haben soll. Der Anschlag war im März vereitelt worden, weil Postbeamte auf die Sendung mit der Bombe aufmerksam wurden und die Polizei verständigten. In dem Paket befanden sich ein Zünder und zwei Stangen Dynamit. Als Absender war der Name der Neonazigruppe „Combat 18“ angegeben. Der 23jährige wird gleichfalls verdächtigt, für eine Explosion in einem Postamt in Göteborg Anfang Mai verantwortlich zu sein. Bei diesem Vorfall galt die Briefbombe einer rivalisierenden neonazistischen Organisation. Der mutmaßliche Bombenleger verbüßt zur Zeit eine lange Gefängnisstrafe wegen Brandstiftung und schwerer Körperverletzung. Er soll die fehlgeschlagenen Anschläge während mehrerer Freigänge verübt haben.

Schweiz (Zürich) – Der V. Kongreß „Mut zur Ethik“ soll vom 5. bis 7. September d.J. im österreichischen Feldkirch/Vorarlberg unter dem Motto „Die Würde des Menschen“ stattfinden. Aus der Bundesrepublik sind dieses Jahr an Referenten u. a. wieder der Rechtsaußen-Journalist Gerhard Löwenthal und Prof. Karl Schachtschneider, Uni Erlangen/Nürnberg angesagt. Ein „detailliertes Programm“ ist erhältlich beim Kongreßbüro „Mut zur Ethik“ in Zürich. Unter der angegebenen Fax-Nummer ist auch die ultrarechte Psychosekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) zu erreichen.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten